

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
Sehr geehrte Stadtverordnete,
Sehr geehrte Gäste,

Die vorausgegangenen Haushaltsberatungen und die Vorbereitung zu meiner heutigen Haushaltsrede haben mich immer wieder an die Haushaltsdebatte aus dem letzten Jahr erinnert. Die Aussprache im letzten Jahr war geprägt von Misstrauen. Dieses Misstrauen wurde nicht aufgearbeitet und so kommt es, dass auch die diesjährigen Haushaltsberatungen sagen wir mal ... „herausfordernd“ waren. Es fehlt immer wieder an einer neutralen Instanz, die die Menschen zusammenbringt und politisch neutral vermittelt.



Marcus Erler

Bei der Haushaltseinbringung im November durch die Bürgermeisterin, wurde die Erhöhung der Grundsteuer als Mittel eingesetzt, einen ausgeglichenen Haushalt zu erzeugen.

In den darauffolgenden Beratungen haben wir sehr deutlich gemacht, dass wir gegen eine Grundsteuererhöhung sind, da absehbar war, dass

es für die Kommune Einnahmen geben wird **UND** die Ausgabenseite an verschiedenen Stellen - und ganz deutlich an einer Stelle - zu hoch in der Planung angesetzt ist.

Eine Grundsteuererhöhung wurde dennoch durch den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der letzten Stadtverordnetensitzung durchgesetzt. Um es nochmal ganz klar zu sagen: Dieser Steuererhöhung haben wir nicht zugestimmt **UND** wir sehen uns heute – mit dem nun vorliegenden Haushaltsplan – ganz klar darin bestätigt, dass unsere Entscheidung dazu völlig richtig war! Ich möchte es nochmal deutlich sagen: **Eine Erhöhung der Grundsteuer wäre nicht notwendig, um einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.**

Schaut man also auf die Abstimmung zum Haushaltsplan 2026 müssten wir mit dieser Erkenntnis diesen Haushalt ablehnen!

Nun besteht ein solcher Haushalt bekanntlich nicht nur aus Steuern und Hebesätzen, sondern auch aus Investitionen, Personalkosten, und unzähligen Produkten oder vielleicht ist der Begriff geläufiger: Kostenstellen.

Der städtische Haushalt ist also ein umfangreiches Zahlenwerk und das Fundament unserer politischen Arbeit und gibt Auskunft darüber, welche Prioritäten wir als Kommune setzen, welche Aufgaben wir angehen wollen und welche Investitionen wir in Zukunft tätigen wollen.

Wir sehen es als unerlässlich an, auf eine konsequente und effiziente Umsetzung der geplanten Projekte zu achten, um nicht nur zu investieren, sondern vor allem nachhaltig zu arbeiten und die Anforderungen unserer Mitbürger im Auge zu behalten.

Wir haben viele wichtige Maßnahmen gemeinsam angestoßen. Das Städtebauförderprogramm im Zeitraum von 2018 - 2030 mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von mehr als 26 Millionen Euro ist stetig Thema in unseren politischen Beratungen.

Die Freude über hohe Fördermittelquoten lassen eine gewisse Investitionsbegeisterung spüren. Eine Begeisterung, die uns zeitweilig erschreckt, da mit einer Aussicht auf Fördermittel, Geld keine Rolle mehr zu spielen scheint. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Wir als Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Gudensberg sind nicht gegen Investitionen, aber wir haben was dagegen, wenn Häuser gekauft werden sollen um Fahrräder zu parken, oder wenn Pumptracks gekauft werden, bei denen beim Kauf schon der Wiederverkauf eingeplant wird, der dann aber gar nicht funktioniert und die Anlage jetzt irgendwo nutzlos steht. **Das ist nicht unser Verständnis einer nachhaltigen Finanzpolitik.**

Viel zu oft gibt es ein JA zu einer Maßnahme, weil das Förderprogramm dazu passt: Dabei ist jeder Euro eines Fördermittels auch ein Euro von uns Steuerzahlern. Die Bindung an ein

Förderprogramm schafft zudem Abhängigkeiten, die uns bei der Umsetzung einschränkt und in den Folgejahren spürbar belastet.

Die Planung von Projekten dauert dadurch lang und für unsere Bürger ist das oft nicht mehr nachzuvollziehen. Vor jeder Projektierung steht die Bewilligung eines Förderantrags - dann folgt das lange Warten auf die Bewilligungsbescheide und die damit verbundene Zusage der Förderung. Und neben Planungsverpflichtungen bleibt dann bei der Endabrechnung erstmal die Zahlung der gesamten Zeche bei der Kommune, bis dann je nach Förderquote die Fördermittel fließen... und alle getätigten Investitionen verursachen Folgekosten: Strom, Heizung, Personalkosten, Renovierungen, ... sie wissen, was ich meine.

Es gibt dennoch eine andere Seite der Fördermittelbetrachtung: Fördermittel ermöglichen einer Kommune das Umsetzen von Projekten, die aus eigenen kommunalen Mitteln nicht umsetzbar wären. Wie z.B. bei dem Wunsch nach einem Kunstrasenplatz aus unserer letzten Sitzung.

Letztendlich entscheidet der politische Wille über das UMSETZBARE: Bei dem Verkauf der Kita-Räume an den Kreis hatten wir den festen Willen der Schule zu helfen und für bessere Betreuungsmöglichkeiten zu sorgen.

Auch die Entscheidung für einen sichereren Schulweg konnten wir als Fraktion hier nach vorne treiben und wir haben gemeinsam

beschlossen: Schulwege müssen sicher sein! Und das Tolle daran: DAS WAR NICHT TEUER... Das brauchte nur politisches Durchhaltevermögen, echten Willen und TRANSPARENZ in der Kommunikation.

Wir als Fraktion der Freien Wählergemeinschaft fordern gerade für Projekte, wie z.B. das Hallenbad viel mehr Klarheit. Schlagzeilen wie: Hallenbad öffnet nicht, darf es einfach nicht geben! Ich bin immer noch sehr enttäuscht, dass der Antrag unserer Fraktion: Das Hallenbad zur Chefsache zu erklären und für mehr Transparenz im Thema Hallenbad zu sorgen, von diesem Parlament abgelehnt worden ist.

Wir arbeiten hier mit Steuergeldern unserer Bürger und Bürgerinnen: Sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie es um unser Gudensberger Hallenbad steht.

Mit der Nennung dieser drei Beispiele habe ich denke ich klar gemacht, wie vielschichtig Entscheidungen hier im Parlament sind.

Wir sind hier im Parlament ganz und gar nicht immer einer Meinung... Aber bitte vergessen Sie dabei nie:

Wir haben gemeinsam immer den gleichen Auftrag: Gemeinsam die richtigen und besten Lösungen für Gudensberg zu finden.